

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegexemplare des Anzeigers für das Erzgebirge sind für den Preis von 10 Pfennigen zu beziehen. — Preis für den Abnehmer 10 Pfennige. — Preis für den Einzelnen 15 Pfennige. — Preis für den Einzelnen 15 Pfennige. — Preis für den Einzelnen 15 Pfennige.

Telegramme: Erzgebirg Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ruz. Postfach-Ruz. Amt Leipzig Nr. 199

Nr. 189

Sonntag, den 15. August 1926

21. Jahrgang

Unsere Beziehungen zum Ausland gefestigt.

Anerkenntnis Cunos.

Hamburg, 13. Aug. Die Hamburg-Amerika-Linie hatte eine große Anzahl von Vertretern der deutschen und ausländischen Presse eingeladen, den Dampfer „Hamburg“ auf seiner Ausreise nach Neuport bis Curhaven zu begleiten. Mit dem Tender „Rehr wieder“ wurden die Gäste am Donnerstag nachmittag an Bord der „Hamburg“ befördert, die gegen 4 Uhr ihre Fahrt begann. Nach dem Tee wurde ein Rundgang durch den Dampfer angetreten. Während des Dinners hielt Geheimrat Cuno eine Rede über das Problem der deutschen Schifffahrt. Nachdem er auf die Vermehrung der Tonnage im Nordamerikadistrikt von 60 000 auf 156 000 hingewiesen hatte, führte er weiter aus:

Unsere Beziehungen zum Ausland haben sich gefestigt und erweitert.

In der deutschen Schifffahrt haben Sie verschiedene Konzentrationsbewegungen beobachten können, die der Zusammenlegung der Kräfte verschiedener Reedereien zu einer Einheit dienen. Das Gesamtbild der Schifffahrt hat zwar ein etwas freundlicheres Gesicht gewonnen, ist aber noch nicht so weit, befriedigende Ergebnisse zu zeitigen. Das Verhältnis zwischen Welttonnage und Weltbedarf, zwischen Frachtniveau und Unkostenhöhe, zwischen der selbstverantwortlichen deutschen Reederei und der meist auf Subventionen angewiesenen oder gar in staatlicher Hand befindlichen ausländischen Schifffahrt ist gegenüber dem Vorkriegsstand noch immer zu groß, als daß man für die deutsche Schifffahrt hoffen könnte zu wirklich befriedigender Weiterentwicklung zu gelangen, wenn nicht alle Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammengefaßt, jeder unwirtschaftliche Wettbewerb vermieden, die Flotte zweckmäßig veredelt und ausgebaut und die Rationalisierung der einzelnen Betriebe bis zum Äußersten durchgeführt werden.

Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungverleger Dr. Krumphaar, dankte der Gabe im Namen der Gäste für die Einladung. Er betonte, daß das Binnenland nicht leben und bestehen könne ohne eine ausgebreitete, fruchtbringende Seeschifffahrt. Seine Ansprache klang aus in einem Hoch auf die Reederei.

„Indem Sie den Abgeordneten Buchmann verfolgen und uns nicht verfolgen, erweisen Sie den Verdacht, sowohl daß Sie eine Klage erheben wollen, von der Ihnen bewußt ist, daß sie an der Immunität Buchmanns scheitern wird, als auch daß Sie es nicht wünschen, daß die von Ihnen zu erhebende Klage vor anderen als solchen Gerichten erhoben werde, die Ihrer Verwaltung unterstellt sind. Herr Minister, Sie diskreditieren die Münchener Gerichte, wenn Sie nach außen den Anschein erwecken, daß nur ein Münchener Gericht in diesem Falle, das von Ihnen gewünschte Urteil zu fällen.“

Der Minister wird aufgefordert, gegen die Unterzeichneten die Klage einzureichen. Der unterzeichnete Paul Levi werde alles tun, daß seine Immunität aufgehoben werde, um vor Gericht seine Behauptungen unter Beweis stellen zu können.

Der Mord an Stahlhelmführer Lippold kein politisches Verbrechen.

Frankfurt a. M., 13. Aug. Nach den bisherigen Feststellungen der Frankfurter Kriminalpolizei haben sich keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Stahlhelmführer Lippold aus politischen Gründen erschlagen worden ist. Lippold ist anscheinend auf dem Heimwege in einen ganz gewöhnlichen Kaufhandel verwickelt worden, der den unglückseligen Ausgang nahm. Den oder die Täter hat man bisher noch nicht feststellen können.

Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem Hohenzollernhause.

Wie eine sozialdemokratische Zeitungskorrespondenz mitteilt, befaßte sich die preussische Regierung gestern in einer Kabinettsitzung u. a. mit dem letzten Schreiben des Generalbevollmächtigten des vormals regierenden preussischen Königshauses und beschloß, zu antworten, daß sie bereit sei, durch unverbündliche Besprechungen die Möglichkeiten einer Verständigung prüfen zu lassen.

Zum sechsten Internationalen Demokratischen Friedenskongreß.

Paris, 13. Aug. Morgen findet im Ministerium des Äußeren zu Ehren der Teilnehmer am 6. Internationalen Demokratischen Friedenskongreß ein Frühstück statt, auf dem die französische Regierung durch Justizminister Darlan vertreten sein wird.

Reichsschulgesetz und Reichswahlgesetz.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ mitteilt, hat der Reichsminister des Innern, Dr. Käß, einen Entwurf zum Reichsschulgesetz fertiggestellt. Der Entwurf zum Reichswahlgesetz befindet sich noch in Arbeit. Eine Entscheidung darüber, wann beide Entwürfe dem Reichskabinetts vorgelegt werden, ist noch nicht getroffen, doch darf damit gerechnet werden, daß sie dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt vorliegen werden.

Ankunft der Expedition der Deutschen Luftkassa in Tschita. Moskau, 13. August. Die Expedition der Deutschen Luftkassa landete heute in Tschita. Der Start nach Chardyn erfolgt wahrscheinlich morgen.

Europa und Amerika.

Neuhork, 13. Aug. „Neuhork World“ beschäftigt sich mit der Antwort Senator Borahs auf den offenen Brief Clemenceaus und schreibt, es sei ebenso möglich für Borah, Europa von Geldausgaben für Währungsabweisungen abzuraten, wie für Europa, Amerikas Geldausgaben für die Durchführung der Prohibitions-Gesetze zu kritisieren. Indes habe Amerika die Möglichkeit, das Sicherheitsgefühl Europas zu stärken. Senator Borah deutete an, daß er als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats eine Nachprüfung der Schuldentabellen befürworten würde, falls Europa abstrifte. Und Europa könne abstrafen, wenn es sich sicher fühle. Dieses Gefühl der Sicherheit könnten die Vereinigten Staaten durch Uebernahme eines Teiles der Verantwortung für Weltfrieden und Ordnung kräftigen. Armeen, Frieden, Schulden, all das seien nur Teile des gleichen Problems.

Zum Brief Clemenceaus über Frankreichs Schuld an Amerika.

Paris, 13. Aug. Die Agence Havas meldet aus Washington, der offene Brief, den Clemenceau in der Frage der französischen Schulden bei den Vereinigten Staaten an Präsident Coolidge gerichtet habe, habe nicht die Wirkung hervorgerufen, die ein Teil der öffentlichen Meinung erwartete. Er sei, da Clemenceau nicht als offizielle Persönlichkeit gesprochen habe, angeht die sehr reservierten Haltung der französischen Regierung von der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten als einfache Äußerung eines hervorragenden französischen Bürgers aufgefaßt worden. Als solche habe sie auch das Weiße Haus aufgefaßt. Das Staatsdepartement und das Schatzamt nahmen die gleiche Haltung ein.

Zur französisch-belgischen Schuldenregelung.

Brüssel, 13. Aug. Zwischen dem französischen und dem belgischen Schatzamt ist hinsichtlich der Regelung der beiderseitigen Schulden eine Einigung erzielt worden. Insbesondere war Frankreich noch zu Zahlungen aus der Zeit der Ruhrbesetzung verpflichtet. Bei der Schlussabrechnung ergab sich zugunsten Belgiens, dessen Verpflichtungen an 310 Millionen Franken betragen, ein Ueberschuß von ungefähr 150 Mill. Franken.

Folgen der amerikanischen Prohibition.

Chicago, 13. Aug. Der Chef der Chicagoer Polizei erklärte, daß die durch die Prohibition geschaffenen Zustände die Mordbeden der Verbrechermwelt begünstigten. Seit 1922 seien in Chicago 200 Verbrecher von eigenen Genossen ermordet und 160 von Polizisten erschossen worden. Seit Jahresanfang seien 54 ermordet worden.

Zum Abschluß der internationalen Verhandlungen der Eisenindustriellen.

Paris, 14. Aug. Nach einer von Havas über die gestern hier zum Abschluß gekommenen internationalen Verhandlungen der Eisenindustriellen verbreiteten Mitteilung steht der Vertragsentwurf in keiner Weise Einschränkungen in der Produktion vor. Die Vertragschließenden wollen sie lediglich regulieren, um eine rationelle Verteilung zu sichern. Die Bestimmungen, über die man sich geeinigt hat, sehen eine Kontingentierung sowie eine Regulierung der spezialisierten Industrien vor. Was die mitteleuropäischen Staaten betrifft so sind in den gegenwärtigen Abmachungen Kontingentierungen für die Tschechoslowakei, für Polen und auch für einige Zweige der österreichischen Eisenindustrie vorgesehen.

Eine Sympathieundgebung für die Katholiken Mexikos.

Eintriedeln, 13. Aug. Der Internationale Katholische Kongreß vom Königtum Christi, der zur Zeit hier tagt, hat eine Resolution gefaßt, in der es u. a. heißt: Der Internationale Katholische Kongreß vom Königtum Christi entbietet den in ihrem heiligen Glauben drühtig verfolgten Katholiken Mexikos warmwährende Brudergrüße. Der Kongreß setzt sein unerschütterliches Vertrauen auf die Güte und Allmacht Gottes und appelliert an die Weltsolidarität aller unabhängig denkenden Menschen gegenüber der frevelhaften Glaubensverfolgung und Gewissensmordung.

Kanadas 60. Jahrestag.

Die kanadische Regierung wird den Herzog und die Herzogin von York einladen, die kanadische Nationalausstellung von 1927, die aus Anlaß des 60. Jahrestages der kanadischen Konföderation stattfinden soll, auf der Hin- oder Rückreise nach Australien zu eröffnen.

Was geht in Rußland vor?

Riga, 11. August. Die amtlichen Kreise schenken den alarmierenden Gerüchten über die innere Lage in Sowjetrußland wenig Glauben.

Nichtsdestoweniger ist man allgemein der Ansicht, daß die kommunistische Partei eine gewisse autoritäre Seite am Werke ist, und daß dieser Umstand zu dem Beschluß der Moskauer Regierung beigetragen hat, durch welchen die Wahlen auf nächstes Jahr verschoben werden. Die letzten Wahlen brachten eine Enttäuschung, über die sich Boucharin in einer neulichen Rede folgendermaßen tröstete: „Bei der letzten Wahlkampagne haben wir zum ersten Male davon Abstand genommen, den Wählern einen Zwang aufzuerlegen.“ Zum ersten Mal haben wir Methoden angewandt, wo die „Ueberzeugung“ die Hauptrolle spielte. Das Ergebnis war, daß die Vertretung der Kommunisten in den Landparlamenten abgenommen hat. Soll man daraus, wie die Opposition es tut, schließen, daß wir nun durch die Kleinbürger ersetzt werden? Nein. Denn, wenn wir nun auch weniger Kommunisten in den Sowjets haben, so muß doch zugesehen werden, daß diese Kommunisten die Wähler hinter sich haben. In Wirklichkeit waren sie früher durch die Verwaltung bezeichnet und hatten gar keine Autorität.“

In der gleichen Rede kommt Boucharin auf die Treibeinheiten der Opposition zu sprechen. Für ihn ist der große Führer der Unzufriedenen nach wie vor Trozki.

Wer stachelt die Arbeiter gegen die Bauern auf? Trozki.

Wer ist schuld an den wirtschaftlichen Heresien Proobrajenskijs? Trozki.

In der Demokratisierung der Partei Trozki und wiederum Trozki.

Das Ansehen Trozki, das einen Augenblick geschwunden war, ist fast vollständig wieder hergestellt, dank seiner geschickten Haltung auf dem Dezemberkongreß, wo seine Zurückhaltung ihm die Gunst der Minderheit wie auch der Mehrheit einbrachte.

Begnädigung deutscher und russischer Verurteilten.

Berlin, 13. Aug. Der „Germania“ zufolge soll das Reichskabinet in seiner heutigen Sitzung seine Zustimmung dazu erteilt haben, daß der zum Tode verurteilte und später zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigte russische Kommunist Sokolowski vollständig begnadigt und aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden. Der gleichen Zeitung zufolge soll sich die Sowjetunion ihrerseits entschlossen haben, 14 Reichsangehörige, darunter auch die drei im vorigen Jahr in Moskau zu schweren Strafen verurteilten Studenten, zu begnadigen.

Offener Brief Levis und Seyers an Dr. Gürtner.

Berlin, 13. Aug. Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner heutigen Morgenausgabe einen „offenen Brief“ des Reichstagsabgeordneten Paul Levi und Kurt Seyers an den bairischen Justizminister Dr. Gürtner. In dem Schreiben heißt es, daß gegen den bairischen Justizminister von den Unterzeichneten der Vorwurf erhoben worden sei, daß unter seiner Mitwirkung überführte Gemeindeväter der gesetzlichen Strafe entzogen würden. Trotzdem seien die den Unterzeichneten angebrohten gerichtlichen Schritte noch nicht erfolgt. Nach Hinweis auf eine Pressenachricht, daß der Minister beabsichtige, den Reichstagsabgeordneten Buchmann unter Anklage zu stellen, der als verantwortlicher Redakteur der „Neuen Zeitung“ in München nichts anderes getan habe, als die Behauptungen der Unterzeichneten zu wiederholen, heißt es in dem Schreiben weiter: